



An die regionalen Medien

Büren an der Aare, 8. Juni 2007

Bericht über das 12. Bürener Stedtli-Gspräch vom 7. Juni 2007

### SP Sektion Büren an der Aare

## **Nein zur 5. IV-Revision**

**Im Rahmen der Diskussionsrunde „Bürener Stedtli-Gspräch“ war Regierungsrat Philippe Perrenoud bei der SP Büren an der Aare zu Gast und referierte über die Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2007. Dem Stimmvolk werde mit dem Motto "Arbeit geht vor Rente" vorgegaukelt, es könnten mehr Behinderte in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Doch würden die Arbeitgeber zu nichts verpflichtet. Die Probleme der IV würden einzig in die Sozialhilfe und damit an die Kantone und Gemeinden verschoben, ist Perrenoud überzeugt. Für die beiden kantonalen Vorlagen, das Tram Bern West und die Strategie für Agglomeration und regionale Zusammenarbeit (SARZ) vertrat Perrenoud die JA-Parole.**

Wer "Eingliederung vor Rente" wolle, der müsse zuerst einmal investieren, sagte Philippe Perrenoud: in Ausbildung, Fortbildung und in soziale Betriebe. Denn der Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts grenze die Kranken und Teilleistungsfähigen "gnadenlos" als Versager aus. Bei der IV-Revision habe der Bund schlicht die Hausaufgaben nicht gemacht. Ohne mehr Beschäftigung von Behinderten durch die Wirtschaft verkomme die 5. IV-Revision zum reinen Sozialabbau und zur Schikane gegen die Betroffenen. Dazu gehören besseren Kündigungsschutz, bessere Arbeitsbedingungen. Ohne eine stärkere Einbindung der Arbeitgeber sei die Revision nutzlos.

Unbestritten war die Zustimmung zur Vorlage „Tram Bern West“. Der Kanton Bern wird sich gemäss Vorlage mit 33 Millionen Franken beteiligen. Das überarbeitete Projekt weist wesentlicher Verbesserungen gegenüber dem im Jahre 2004 vom Volk abgelehnten Projekt auf. Mit der Überbauung Brünnen kann der Stadtteil im Westen von Bern allein mit Bussen nicht mehr in der nötigen Qualität erschlossen werden. Die SP befürwortet deshalb die Vorlage zur Erstellung des Trams Bern West.

Zu einer regen Diskussion führte die dritte Vorlage, die Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ). Die Vorlage sei zwar pragmatisch und formell richtig aufgebaut, befürchtet wird aber ein Demokratieabbau. Die Übertragung von Gemeindeaufgaben an die regionale Organisation ermöglicht zwar einen effizienteren Vollzug, entziehe aber dem Gemeindebürger die direkte Einflussmöglichkeit. Kritisiert wurde auch, dass die Regionen zu gross und damit zu schwerfällig werden. Die Region Biel-Seeland-Berner Jura umfasst 115 Gemeinden. In dieser Masse können die Anliegen einzelner Gemeinden nicht mehr berücksichtigt werden, meinte ein anwesender Gemeindepolitiker.